

Christina Lang

**Die Einstellung nach § 154 StPO
in der Revisionsinstanz**

Eine kritische Analyse der Rechtsprechung
des Bundesgerichtshofs



Herbert Utz Verlag · München

Rechtswissenschaftliche Forschung und Entwicklung

Herausgegeben von

Prof. Dr. jur. Michael Lehmann, Dipl.-Kfm.
Universität München

Band 821



Zugl.: Diss., Münster, Univ., 2017
D6

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Entnahme von Abbildungen, der Wiedergabe auf fotomechanischem oder ähnlichem Wege und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen bleiben – auch bei nur auszugsweiser Verwendung – vorbehalten.

Copyright © Herbert Utz Verlag GmbH · 2018

ISBN 978-3-8316-4651-7

Printed in EU
Herbert Utz Verlag GmbH, München
089-277791-00 · www.utzverlag.de

0. Einleitung	1
I. Die Norm des § 154 StPO und ihre praktische Umsetzung nach den Erkenntnissen der empirischen Untersuchung.....	3
1.) Überblick.....	4
2.) Regelungsbreite und Entwicklung der Norm.....	5
a.) Regelung.....	5
b.) Entwicklung und Kontroversen	7
3.) Die Einstellungsentscheidung in der Praxis	12
a.) Häufigkeit der Einstellungen im Untersuchungszeitraum	12
b.) Begründungen der Einstellungsentscheidungen	15
c.) Zweck und Anlass einer Einstellung im Revisionsverfahren	18
aa.) Zweck	18
bb.) Anlass.....	20
(1) unzureichende Feststellungen	22
(2) andere rechtliche Würdigung.....	26
(3) Verfahrensfehler.....	28
(4) Unklares Konkurrenzverhältnis	29
(5) Fehlende Einzelstrafe	30
(6) Verfahrenshindernisse	31
(7) Sonstiges.....	32
(8) Zusammenfassung	34
d.) Die Voraussetzungen des § 154 I StPO und seine Umsetzung.....	34
aa.) Einführung.....	34
(1) "nicht beträchtlich ins Gewicht" fallende Rechtsfolgen, § 154 I Nr. 1 StPO.....	38

(2) kein Urteil in angemessener Frist, § 154 I Nr. 2 StPO	40
bb.) praktische Untersuchung	41
(1) "nicht beträchtlich ins Gewicht" fallende Rechtsfolgen, § 154 I Nr. 1 StPO	44
(2) kein Urteil in angemessener Frist, § 154 I Nr. 2 StPO.....	48
e.) Zusammenfassung	49
4.) Weiterer Entscheidungsgang der Senate in der Praxis	51
a.) Häufigkeit von Verwerfungen und Zurückverweisungen im Untersuchungszeitraum	51
aa.) Jahresüberblick 2008	54
bb.) Jahresüberblick 2009	56
cc.) Jahresüberblick 2010	58
dd.) Jahresüberblick 2011.....	59
ee.) Jahresüberblick 2012.....	60
b.) Rechtsgrundlage eigener Sachentscheidung	62
c.) Begründungen der Senate	64
d.) Verwerfungen.....	68
aa.) Veränderung des Rechtsfolgenausspruchs.....	68
bb.) Aufrechterhaltung des Rechtsfolgenausspruchs	75
cc.) Fazit	80
e.) Zurückverweisungen.....	80
5.) Fazit	85

II. Die Grundlagen des § 154 StPO - Rechtliche Rahmenbedingungen und Zweckbestimmungen der Norm unter besonderem Blickwinkel des Revisionsverfahrens 86

1.) Motive des § 154 StPO	87
2.) Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen des § 154 StPO.....	90
a.) Das Legalitätsprinzip und seine Grundlagen.....	90
b.) Einschränkungen des Legalitätsprinzips.....	93

aa.) Notwendigkeit einer Beschränkung.....	93
bb.) Ableitung eines Gesetzesvorbehalts	94
cc.) Ansicht der Rechtsprechung.....	99
c.) Das Legalitätsprinzip im gerichtlichen Verfahren.....	100
3.) Legitimation und Zweckbestimmung des § 154 StPO.....	105
a.) Verfahrensökonomie	106
b.) Generalprävention	111
c.) Verhältnismäßigkeit	114
d.) Rechtsfriede	115
e.) Sonstige Erwägungen.....	116
f.) Fazit	117
4.) Die Anwendung im Revisionsverfahren	117
a.) Besonderheiten des Verfahrensstadiums	117
aa.) Allgemeines	117
bb.) Die Struktur des Revisionsverfahrens und die Anwendung von § 154 StPO	121
b.) Motivation des Revisionsgerichts	126
c.) Zweckrichtung des § 154 StPO im Revisionsverfahren.....	128
aa.) Verfahrensökonomie	128
bb.) Sonstige Zielrichtungen	130
d.) Interessen des Angeklagten	133
5.) Fazit	137

III. Der weitere Verfahrensgang nach erfolgter Einstellung 139

1.) Sachentscheidungen des Revisionsgerichts	140
2.) Korrektur des Schuldspruchs	143
a.) Befürworter einer Schuldspruchberichtigung durch das Revisionsgericht	145
b.) Kritik an einer Schuldspruchberichtigung durch das Revisionsgericht...	147
c.) Stellungnahme.....	148

aa.) § 265 StPO	148
bb.) Rechtsgrundlage	151
d.) Fazit	154
3.) Bestand des Strafausspruchs.....	155
a.) Problemaufriss	155
b.) Meinungsstand	156
c.) Ausübung tatrichterlichen Ermessens in Form der Strafzumessung?.....	160
d.) Rechtsgrundlage.....	164
aa.) rechtliche Ausgangslage	164
bb.) § 354 I StPO analog	167
(1) Befürworter einer analogen Anwendung	168
(2) Positionierung des Bundesverfassungsgerichts	169
(3) Gegenansicht	171
(4) eigene Stellungnahme	173
cc.) § 354 I a StPO	179
dd.) Gedanke des § 337 StPO	182
(1) Die Argumentation der Rechtsprechung	182
(2) kritische Stimmen im Schrifttum	186
(3) Stellungnahme	189
e.) Aufrechterhaltung von Einzelstrafen	192
f.) Die Norm des § 354 I b StPO	194
4.) Fazit.....	199

IV. Schlussbetrachtung und Ausblick204

1.) Problemstellung	204
2.) Bedürfnis nach einer Einstellungskompetenz aus § 154 StPO in der Revisionsinstanz	205
3.) Eigene Lösungsansätze	206
a.) Einschränkende Auslegung des § 154 StPO.....	207

b.) Revisionsinstanz als Tatsacheninstanz.....	207
c.) Ausweitung des nachträglichen Beschlussverfahrens nach §§ 460, 462 StPO	210
d.) Zusätzliche Verfahrensrechte für den Angeklagten	212
aa.) Begründungspflicht	212
bb.) Zustimmung des Angeklagten	214
cc.) Anhörungspflicht des Angeklagten	215
4.) Abschließender Lösungsvorschlag.....	217

0. Einleitung

Die vorliegende Arbeit befasst sich mit einer Vorgehensweise der Revisionsssenate, welche zunehmend an Bedeutung zu gewinnen scheint: Sie behandelt die Praxis, in der Revisionsinstanz Teile des Verfahrens nach § 154 StPO einzustellen und in vielen Fällen das Rechtsmittel im Anschluss zu verwerfen.

Oftmals erschöpfen sich die hierzu ergangenen Beschlüsse der Revisionsssenate in der Konkretisierung der einzustellenden Taten, der Änderung des Schuldspruchs und der anschließenden Verwerfung des weitergehenden Rechtsmittels. So heißt es exemplarisch in einem Beschluss des BGH vom 22.03.2012¹:

„1. Das Verfahren wird auf Antrag des Generalbundesanwalts gemäß § 154 Abs. 2 StPO hinsichtlich der Fälle 20 bis 23 der Urteilsgründe eingestellt.

Insoweit trägt die Staatskasse die Kosten des Verfahrens und die notwendigen Auslagen des Angeklagten.

2. Die Revision des Angeklagten gegen das Urteil des Landgerichts Frankfurt am Main vom 31. August 2011 wird mit der Maßgabe als unbegründet verworfen, dass der Angeklagte des Betrugs in 19 Fällen schuldig ist.

Der Beschwerdeführer hat die weiteren Kosten des Rechtsmittels zu tragen.“

Die Möglichkeiten des Angeklagten, das Urteil im ordentlichen Rechtswege anzugreifen, sind hiermit endgültig erschöpft. Durch die Aufrechterhaltung der Gesamtstrafe bleibt dem Angeklagten trotz Wegfalls einer oder mehrerer Einzelstrafen ein Erfolg in der Sache verwehrt.

Diese Form des Verfahrensabschlusses soll in der nachfolgenden Arbeit einer kritischen Bewertung unterzogen werden. Um die Untersuchung auf eine fundierte Grundlage zu stellen, wurden Entscheidungen des Bundesgerichtshofs aus den Jahren 2008 bis 2012 eingesehen. Die Vielzahl der hierbei einschlägigen Entscheidungen verdeutlicht, dass die Anwendung des § 154 StPO in der Revisionsinstanz offenbar bei Weitem keine Einzelfallentscheidung ist. Die eingesehenen Urteile hinterlassen den Eindruck, als ob die Revisionsssenate gezielt die Möglichkeit des § 154 StPO nutzen, um Fehler des Tatrichters zu bereinigen und das Verfahren insgesamt zu einem schnellen Abschluss bringen zu können.

¹ 2 StR 12/12.

Dabei befinden sich die Revisionsgerichte bei einer Entscheidung nach § 154 StPO in einer gegenüber dem Tatgericht differenzierten Ausgangslage: Ist die Kompetenz zur Teileinstellung nach § 154 StPO grundsätzlich darauf ausgerichtet, möglichst frühzeitig ein umfangreiches Verfahren zu straffen und Tatvorwürfe zu konzentrieren, so erfolgt in der Revisionsinstanz offenbar die „Notbremse“, um das Verfahren im Interesse einer funktionsfähigen Strafrechtspflege zügig rechtskräftig abzuschließen.

Angesichts dieser Motivation ist bereits fraglich, ob die Revisionssenate bei der Einstellung der Taten noch die bei Opportunitätsentscheidungen grundsätzlich gebotene Zurückhaltung walten lassen: Erfolgt die Teileinstellung nach § 154 StPO noch mit Blick auf die Tatbestandsvoraussetzungen des § 154 StPO oder ist allein der Wunsch baldiger Rechtskraft Auslöser und entscheidende Antriebskraft für die Einstellungsentscheidung?

Bedenken bereitet vor allem der weitere Verfahrensgang der Revision: Trotz Einstellung einer oder mehrerer Taten verwerfen die Senate in den weit überwiegenden Fällen die Revision und lassen die vom Tatrichter bemessene Gesamtstrafe bestehen. Diese Tendenz zur Vermeidung der Zurückverweisung des Verfahrens wirft die Frage auf, ob sich die Revisionsgerichte jenseits der Möglichkeiten der §§ 354 I, I a und I b StPO nicht durch eine verstärkte Anwendung des § 154 StPO auch eine eigene Strafzumessungsgewalt verschafft haben.

Schlussendlich ist auch zu beleuchten, inwieweit durch dieses Vorgehen der Senate die Belange des Angeklagten berücksichtigt werden, der sich zwar mit einer rechtskräftigen Verurteilung auseinandersetzen hat, dessen Beteiligungsrechte aber im vorwiegend schriftlich ausgestalteten Revisionsverfahren naturgemäß eingeschränkt sind.

Entsprechend dieser rechtlichen Fragestellungen gliedert sich die vorliegende Arbeit in mehrere Abschnitte: Um einen Eindruck von der Anwendung des § 154 StPO in der Praxis zu gewinnen, erfolgt zunächst ein ausführlicher Überblick über einschlägige Entscheidungen des Bundesgerichtshofs innerhalb eines Zeitraums von fünf Jahren. In einem weiteren Schritt soll zunächst die Anwendung des § 154 StPO in der Revisionsinstanz anhand der Rechtslage bewertet und schließlich das weitere Vorgehen der Senate bezüglich des Schuld- sowie Rechtsfolgenausspruchs rechtlich untersucht werden. Die vorliegende Arbeit möchte schlussendlich mit einem praktikablen Lösungsansatz den aufgeworfenen Problemen begegnen.

Rechtswissenschaftliche Forschung und Entwicklung

Herausgegeben von

Prof. Dr. jur. Michael Lehmann, Dipl.-Kfm.
Universität München

- Band 821: Christina Lang: **Die Einstellung nach § 154 StPO in der Revisionsinstanz** · Eine kritische Analyse der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs
2018 · 250 Seiten · ISBN 978-3-8316-4651-7
- Band 820: Nazanin Sporer: **Die Auswirkungen der Täuschung im Rahmen der §§ 331, 332 StGB**
2017 · 222 Seiten · ISBN 978-3-8316-4644-9
- Band 819: Bertram Kloss: **The Exercise of Prosecutorial Discretion at the International Criminal Court** · Towards a more Principled Approach
2017 · 270 Seiten · ISBN 978-3-8316-4633-3
- Band 818: Stephan Hillenbrand: **Der Begriff des Betriebs- und Geschäftsgeheimnisses** · Eine vergleichende Untersuchung mit dem Begriff des trade secret in den USA und dem englischen common law
2017 · 292 Seiten · ISBN 978-3-8316-4607-4
- Band 816: Martin Pusch: **Der automatisierte Abruf von Kontoinformationen durch Finanz- und Sozialbehörden** · Ein Instrument heimlicher Ermittlungstätigkeit im Spannungsfeld zwischen Steuergerechtigkeit, Leistungsmisbrauch, effektiver Strafverfolgung und dem rechtsstaatlich gebotenen Schutz des Steuerpflichtigen/Leistungsempfängers
2016 · 346 Seiten · ISBN 978-3-8316-4591-6
- Band 815: Christian Szczeny: **Die Abtreibung als Pflichtteilsentziehungsgrund** · Ein Beitrag zur Strukturierung und Auslegung des §2333 Abs. 1 BGB
2017 · 208 Seiten · ISBN 978-3-8316-4590-9
- Band 814: Jan-Philipp Günther: **Roboter und rechtliche Verantwortung** · Eine Untersuchung der Benutzer- und Herstellerhaftung
2016 · 280 Seiten · ISBN 978-3-8316-4553-4
- Band 813: Chih-Wei Chang: **Migration und Integration** · Der Integrationsprozess der Migranten unter dem Blickwinkel des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung der Republik China auf Taiwan
2016 · 350 Seiten · ISBN 978-3-8316-4543-5
- Band 812: Radadiana Alexandra Taric-Koch: **Genetische Ressourcen und die Angabe ihrer Herkunft als Problem des modernen Patentrechts**
2016 · 410 Seiten · ISBN 978-3-8316-4539-8
- Band 811: Robin Haas: **Multiple Damages – Mehrfacher Schadensersatz**
2015 · 232 Seiten · ISBN 978-3-8316-4518-3
- Band 810: Alban Barrón: **Der Europäische Verwaltungsverbund und die Außenbeziehungen der Europäischen Union** · Verwaltungskooperation mit auswärtigen Partnern
2015 · 386 Seiten · ISBN 978-3-8316-4515-2

- Band 809: Varadanu Vigaranan: **Die Genehmigungsfiktion im Allgemeinen Verwaltungsrecht** · Fortbestehender Umsetzungsbedarf im Hinblick auf die Europäische Dienstleistungsrichtlinie
2015 · 218 Seiten · ISBN 978-3-8316-4512-1
- Band 808: Markus Kaulartz: **Cloud Computing und Vertragsrecht: Eine rechtliche Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung von PaaS-Clouds**
2015 · 334 Seiten · ISBN 978-3-8316-4508-4
- Band 807: Wenzel Richter: **Rechtsbehelfe Privater gegenüber der Hoheitsgewalt in der Russischen Föderation** · Eingaben im Versicherungsaufsichtsrecht
2017 · 232 Seiten · ISBN 978-3-8316-4473-5
- Band 806: Claus Färber: **Patentfähigkeit angewandter Algorithmen**
2015 · 230 Seiten · ISBN 978-3-8316-4454-4
- Band 805: Alexander Hardinghaus: **Strafzumessung bei Aufklärungs- und Präventionshilfe** · Der Kronzeuge im deutschen Strafrecht unter besonderer Berücksichtigung von § 46b StGB
2014 · 436 Seiten · ISBN 978-3-8316-4425-4
- Band 804: Benjamin Schmittlein: **Verbands-Compliance**
2015 · 254 Seiten · ISBN 978-3-8316-4420-9
- Band 803: Vera Haesen: **Der Schutz gegen den unlauteren Wettbewerb in Deutschland und England vor dem Hintergrund fortschreitender europäischer Harmonisierung**
2014 · 518 Seiten · ISBN 978-3-8316-4410-0
- Band 802: Szu-Chieh Hsu: **Die Gebrauchsanmaßung** · Eine Untersuchung aus dem Blickwinkel der Rechtsvergleichung zwischen Deutschland und Taiwan
2015 · 220 Seiten · ISBN 978-3-8316-4406-3
- Band 801: Milena Sophia Charnitzky: **Die „fiduziarische Stiftung“ im deutschen und französischen Recht**
2015 · 230 Seiten · ISBN 978-3-8316-4402-5
- Band 800: Daniel Felix Schioppa: **Ergänzende Schutzsertifikate auf der Grundlage vorläufiger Zulassungen** · Erlangung, Laufzeitbestimmung und Validität nach altem und neuem Recht
2014 · 282 Seiten · ISBN 978-3-8316-4401-8
- Band 799: Johannes Druschel: **Die Behandlung digitaler Inhalte im Gemeinsamen Europäischen Kaufrecht (GEKR)**
2014 · 422 Seiten · ISBN 978-3-8316-4400-1

Erhältlich im Buchhandel oder direkt beim Verlag:
Herbert Utz Verlag GmbH, München
089-277791-00 · info@utzverlag.de

Gesamtverzeichnis mit mehr als 3000 lieferbaren Titeln: www.utzverlag.de